

13. 11. 2008

Tischvorlage

Zum Tagesordnungspunkt 14 „ Mitteilung zur beabsichtigten Errichtung eines 60 m hohen Digitalfunkmastes auf dem Gelände der Bundespolizei in Heimerzheim, Flur 9, Flurstück 2190, Gabrielweg 5“ stellt die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgenden Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten, bei der Bundesanstalt für Digitalfunk nachprüfen zu lassen, ob der Digitalfunkmast auf dem Gelände der Bundespolizei in Heimerzheim an einem anderen, von der Wohnbebauung entfernten Standort des Geländes errichtet werden kann.

Begründung:

Der projektierte 60 m hohe Digitalfunkmast ist Bestandteil eines flächendeckenden BOS-Digitalfunknetzes, das derzeit von Bund und Ländern für die gemeinsame Nutzung durch Polizei, Feuerwehr und Rettung ausgebaut wird. Die Errichtung der Digitalfunkmasten erfolgt vorzugsweise auf landes- bzw. bundeseigenen Flächen, wie dem der Bundespolizei in Heimerzheim.

Für die Nutzung des Funknetzes ist keine direkte räumliche Anbindung des Digitalfunkmastes an ein bestimmtes Gebäude auf dem Gelände erforderlich. Die örtliche Standortwahl erfolgt vielmehr nach Gesichtspunkten wie z.B. der Geländehöhe und dem Abstand zu den vorhandenen Funkmasten.

Der nun vorgesehene Standort in unmittelbarer Nähe der Wohnbebauung birgt vermeidbares Konfliktpotential, da angesichts fehlender sicherer Kenntnisse zur Strahlenbelastung die Anwohner sehr verunsichert sind.

Dieser Aspekt kann bei der Standortwahl nicht ausreichend berücksichtigt worden sein. Wir bitten daher, den Bürgermeister zu beauftragen, bei der Bundesanstalt für Digitalfunk nachprüfen zu lassen, ob der Digitalfunkmast auf dem Gelände der Bundespolizei in Heimerzheim an einem anderen, von der Wohnbebauung entfernten Standort des Geländes errichtet werden kann.